

APPELL

Landwirtschaft braucht Fairness

Fairtrade fordert faire Preise für Landwirtinnen und Landwirte

Presseinfo von Fairtrade Deutschland vom 18. März 2026

Gemeinsam mit zahlreichen Partnern startet Fairtrade Deutschland den Appell „Landwirtschaft braucht Fairness“ – gerichtet an Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer. Im Zuge der 2026 anstehenden Reform der EU-Richtlinie zu unfairen Handelspraktiken (Unfair Trading Practices, UTP) will das Bündnis eine klare gesetzliche Verpflichtung zu fairen und kostendeckenden Preisen entlang der gesamten Lieferkette verankern. Die Zahlung von Preisen unterhalb der Produktionskosten soll verboten werden.

Faire Preise als Voraussetzung für zukunftsfähige Landwirtschaft

Die bestehende EU-Richtlinie (EU 2019/633) verbietet bereits bestimmte unfaire Handelspraktiken. Doch eine zentrale Lücke bleibt: Der Einkauf landwirtschaftlicher Produkte unterhalb der Produktionskosten ist bislang nicht untersagt. Genau hier setzt das Bündnis an.

„Faire Preise sind eine Voraussetzung für eine zukunftsfähige Landwirtschaft – hierzulande wie weltweit“, erklärt Claudia Brück, Vorständin Politik und Kommunikation bei Fairtrade Deutschland. „Das bedeutet, dass sie die Kosten einer nachhaltigen Produktion decken, existenzsichernde Einkommen und Löhne ermöglichen und zusätzliche Investitionen zulassen. Das sichert Vielfalt und Resilienz in der Landwirtschaft und verringert das Risiko für Lieferengpässe und unsichere Lieferketten“, so Brück.

Unfaire Preise gefährden Existenzen

Ob Getreide- und Milchbauern in Deutschland oder Kakao- und Kaffeeproduzenten in Ländern wie Ghana oder Brasilien – viele von ihnen können kaum von ihrer Arbeit leben. Oft fehlt das Geld für notwendige Investitionen, um nachhaltiger, produktiver und damit zukunftsfähig zu wirtschaften. Viele Landwirtinnen und Landwirte können Menschen, die auf ihren Höfen arbeiten, keine existenzsichernden Löhne zahlen. Arbeit in der Landwirtschaft ist für viele nicht mehr attraktiv: Innerhalb einer Generation hat sich allein in Deutschland die Zahl der Höfe halbiert. Ein globaler Trend, der sich ohne strukturelle Veränderungen fortzusetzen droht – mit gravierenden Folgen für Versorgungssicherheit, ländliche Räume und globale Lieferketten.

Sicherheitsnetz für die Landwirtschaft – unabhängig von Größe und Standort

Faire Preise und rechtlich abgesicherte Handelspraktiken müssen für alle landwirtschaftlichen Betriebe gelten – unabhängig von Betriebsgröße oder Herkunftsland. Fairtrade Deutschland for-

dert, dass die Zahlung unfairer, nicht kostendeckender Preise ausdrücklich als unfaire Handelspraktik in die Richtlinie für unfaire Handelspraktiken (UTP) aufgenommen wird. Preise müssen so gestaltet sein, dass sie die Kosten einer sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Produktion decken und existenzsichernde Einkommen sowie Investitionen ermöglichen.

Breites Bündnis für faire Marktregeln

Der Appell wird von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis aus Fairtrade-Mitgliedsorganisationen sowie Partnerorganisationen aus Landwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit getragen. Zu den unterzeichnenden Organisationen gehören unter anderem Oxfam Deutschland e.V., Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. Weitere Akteure des Fairtrade Netzwerks wie die FairActivists, Fairtrade-Schools, Fairtrade-Universities und Fairtrade-Towns verbreiten den Appell.

Faire Woche als Endspurt zur Stimmen-Sammlung

Der Appell wird im Zuge der Fairen Woche, der größten Aktionswoche des fairen Handels, zwischen dem 11. und 25. September übergeben. Unterstützerinnen und Unterstützer können online unterzeichnen sowie über klassische Unterschriftenlisten aktiv werden.

Weiterführende Informationen:

www.fairtrade.net/de

Online-Petition: www.openpetition.de/petition/online/landwirtschaft-braucht-fairness